

SCHWENNINGER ERKLÄRUNG

THESEN

ZUM AUSSERORDENTLICHEN BEZIRKSTAG
DER JUNGEN UNION SÜDBADEN

BESCHLOSSEN AM 17. NOVEMBER 2012
IN VILLINGEN-SCHWENNINGEN

Inhaltsverzeichnis

1. Betreuungsgeld	2
1.1 These	2
1.2 Begründung.....	2
2. Energiewende	2
2.1 These	2
2.2 Begründung.....	3
3. Wehrdienst / Bundesfreiwilligendienst / Dienstpflicht.....	4
3.1 These	4
3.2 Begründung.....	4
4. Bildungspolitik.....	5
4.1 These	5
4.2 Begründung.....	5
4.3 These	5
4.4 Begründung.....	5
4.5 These	6
4.6 Begründung:.....	6
5. Soziales	6
5.1 These	6
5.2 Begründung.....	7
5.3 These	7
5.4 Begründung.....	7

1. Betreuungsgeld

1.1 These

Zur Unterstützung der Familien fordert die JU Südbaden ein Gesamtkonzept zur Kinderbetreuung. Eltern müssen die Wahl haben, ob sie ihr Kind selbst betreuen oder einen Platz in einer Kindertagesstätte in Anspruch nehmen wollen. Für die Betreuung zu Hause bedeutet dies eine finanzielle Unterstützung, die die fehlende Erwerbstätigkeit eines Elternteils ausgleichen kann. Die JU Südbaden fordert für die Lebensjahre 2 und 3 eines Kindes eine Unterstützung für die Eltern von mindestens 400 €. Zudem muss zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein flächendeckendes Betreuungsangebot gewährleistet sein. Für einkommensschwache Familien wird das Kita-Angebot kostenlos gestaltet, um Kindern aus bildungsfernen Familien frühkindliche Bildung zu ermöglichen.

1.2 Begründung

Es ist wichtig, die Erziehung zu Hause möglich zu machen. Hierzu gehört auch die Aufwertung des Status Hausfrau/-mann. Ein angemessenes Betreuungsgeld von mindestens 400 € kann eine reelle Wahlfreiheit zwischen der Betreuung zu Hause und der in einer Kindertagesstätte bieten. Die von der CDU/CSU geforderten 150 € bieten keine Alternative zu einem Gehalt eines (auch Teilzeit) Erwerbstätigen. Hiervon profitieren nur Familien, denen es zuvor bereits möglich war ihr, Kind zu Hause zu betreuen. Es ist allerdings wichtig, im Bereich der Kinderbetreuung ein ganzheitliches Konzept anzugehen, welches neben der Ermöglichung der Erziehung zu Hause auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördert, z.B. durch flexibel gestaltbare Arbeitszeiten und -orte und durch einen flächendeckenden Ausbau der Kinderbetreuung, um Eltern die Möglichkeit zu geben selbst über die Betreuungsart zu entscheiden.

2. Energiewende

2.1 These

Nach Ansicht der JU Südbaden müssen alle Anstrengungen unternommen werden, dass die Energiewende glaubwürdig und nachhaltig gelingt und der Strom weiterhin auf sichere, bezahlbare und umweltfreundliche Art erzeugt werden kann. Die Junge Union Südbaden setzt sich für eine gezielte Förderung erneuerbarer Energieträger ein, durch welche die Erreichung höchst möglicher Effekte mit dem Einsatz der für das Gesamtprojekt zur Verfügung stehenden Ressourcen ermöglicht wird.

Die JU Südbaden begrüßt die von Bundesumweltminister Peter Altmaier geplante Novellierung des derzeitigen Erneuerbaren Energiengesetzes (EEG). Allerdings dürfen die Betriebe nicht durch eine zunehmend steigende EEG-Umlage belastet werden. Firmen und Privatpersonen brauchen Planungssicherheit bzgl. der Höhe der EEG-Umlage und für staatliche Unterstützung von Investitionen in regenerative Energien. Die JU Südbaden fordert eine Prüfung des Wettbewerb verzehrenden Einflusses der Staffelung der EWG Umlage in Bezug auf den Energie Verbrauch der einzelnen Unternehmen.

Die Junge Union fordert daher die Landesregierung in Baden-Württemberg auf, sich mit den anderen Bundesländern auf gemeinsame Ausbauziele für den Stromtransport zu einigen. Diese Ziele müssen technologieoffen und ideologiefrei erarbeitet werden. Hierbei unterstreicht die Junge Union Südbaden nochmals die Unterstützung für das geplante Pumpspeicherkraftwerk in Atdorf.

Ebenso spricht sich die Junge Union Südbaden für eine Absicherung der Energiewende durch eine strategische Reserve aus. Besonders in Süddeutschland wird diese ab dem Jahr 2018 im Bereich des Lastenmanagements als Absicherung benötigt. Nur so können Wind- und Solarenergie effizient genutzt werden. Nicht nur die Energiegewinnung steht hierbei im Fokus, sondern genauso sind die Speicherung und der Transport elementare Pfeiler der Energiewende.

2.2 Begründung

Die Energiewende ist eine der größten politischen und wirtschaftlichen Herausforderungen unserer Generation. Bis zum Ziel der Bundesregierung, 2050 80% des Stroms aus erneuerbaren Energieträgern zu gewinnen, ist es noch ein weiter Weg, der die zukünftigen Rahmenbedingungen unseres Wirtschaftsstandortes Deutschland nachhaltig beeinflussen wird. Besonders in den kommenden Jahren ist beim Wechsel von konventionellen auf regenerativen Energiequellen viel zu beachten. Hierfür ist es erforderlich zu planen, an welchem Ort welche Energieträger das höchste Maß an Effizienz liefern und diese dort gezielt zu fördern. Derartige Entscheidungen sind im Hinblick auf die jeweiligen lokalen Umstände und Anbindungen an das Stromnetz zu treffen.

Gerade auch die Wirtschaft wird durch die Energiewende vor Herausforderungen gestellt. Der Strompreis in Deutschland ist bereits derzeit im Vergleich zum europäischen Umland deutlich teurer, was einen Wettbewerbsnachteil für große Firmen bedeutet.

3. Wehrdienst / Bundesfreiwilligendienst / Dienstpflicht

3.1 These

Die Junge Union Südbaden spricht sich dafür aus, den derzeitigen freiwilligen Wehr- und Bundesfreiwilligendienst attraktiver zu gestalten, sodass die überwiegende Mehrheit eines Jahrgangs ein Dienstjahr absolviert. Dazu soll nicht nur auf Werbefilme und Webauftritte gesetzt werden, sondern auch Informationsgespräche in Schulen geführt werden. Auch muss die berufliche Perspektive während und nach dem Dienst deutlich verbessert werden. Dies kann z.B. durch Boni für Studiengänge und Ausbildungen verwirklicht werden. Zur Reduktion des Verwaltungsaufwandes gehört die Zusammenlegung des freiwilligen sozialen Jahres mit dem Bundesfreiwilligendienst.

3.2 Begründung

Derzeit brechen 2/3 der freiwilligen Wehrdienstleistenden (FWDL) nach sechs Monaten den Dienst ab. Für die Ausbildung entstehen enorme Kosten und es werden Ausbilder gebunden. Zudem fehlen die eingeplanten FWDL und erschweren somit die Personalbedarfsplanung. Die derzeitigen Werbeformen zeigen bei der Bevölkerung keinen Erfolg, sodass hier ein Umdenken stattfinden muss. Die derzeitige Ausrüstung entspricht nicht den Anforderungen im Einsatz. Dies muss im Hinblick auf die Sicherheit und Zufriedenheit der Truppe höchste Priorität haben.

Zwar sind die derzeitigen 35.000 Bufdi-Stellen (Bundesfreiwilligendienst) seit Februar 2012 alle belegt, doch bilden diese nur einen Bruchteil der früheren 120.000 Zivildienststellen ab. Auch ist der Bufdi für jede Altersgruppe geöffnet, sodass das ursprüngliche Ziel, die Vermittlung von Soft Skills an die Jugend, nur unzureichend verfolgt werden kann. Dieses Ziel wird ebenfalls von den freiwilligen Jahren, wie FSJ, FÖJ und ähnlichen verfolgt. Doch werden der Bufdi und diese Programme aus unterschiedlichen Töpfen bezahlt und bergen somit doppelten Verwaltungsaufwand. Eine Zusammenlegung würde diesen erheblich reduzieren und würde zusätzliche Mittel für Stellen freigeben. Auch werden die Freiwilligendienstleistenden in den unterschiedlichen Programmen unterschiedlich bezahlt. Da sie zum Großteil gleiche Aufgaben verrichten, muss dies angeglichen werden.

Gegenwärtig bringt der freiwillige Dienst kaum bis keine materiellen Vorteile für die weitere berufliche Zukunft. Boni für Studiengänge und Ausbildungen wären eine Möglichkeit hierzu.

4. Bildungspolitik

4.1 These

Wir halten am gegliederten Schulsystem fest und müssen gerade im ländlichen Raum für die Aufrechterhaltung der Standorte eine Antwort auf die Gemeinschaftsschule geben. Die JU Südbaden fordert die Realschule BW statt Gemeinschaftsschule - Zwei Abschlüssen unter einem Dach.

4.2 Begründung

Noch lässt sich keine Aussage darüber treffen, wie erfolgreich bzw. erfolglos die Startschulen ihre Aufgabe als Gemeinschaftsschule meistern werden. Jedoch ist eines klar: Die Gemeinschaftsschule ist stark ideologisch geprägt, senkt die Bildungsqualität und ist deshalb nicht nur am Wohl der Schülerinnen und Schüler orientiert. Gute Bildung und individuelle Förderung sollten im Vordergrund stehen!

Die JU Südbaden spricht sich aus diesem Grund für das vom Arbeitskreis Bildung der CDU Südbaden erstellte Modell der zwei Abschlüsse unter einem Dach aus: Parallel zum Besuch eines Gymnasiums besteht die Möglichkeit des Besuchs einer Realschule BW. Hier gibt es in der Orientierungsstufe noch keine Trennung nach Leistungsniveau. Nach Klasse fünf oder sechs der Realschule BW kann ein Wechsel in Klassenstufe sechs des Gymnasiums erfolgen. Der Wechsel aus Klasse sechs der Realschule BW nach Klasse sechs des Gymnasiums zählt dabei nicht als Wiederholung. Erst ab Klasse 7 gibt es ein differenziertes Angebot nach dem Bildungsplan einer Realschule oder der Werkrealschule. Nach Klasse 9 kann die Hauptschulabschlussprüfung abgelegt werden und anschließend der Besuch einer zweijährigen Berufsfachschule oder der Übergang in eine duale Berufsausbildung erfolgen. Mit dem erfolgreichen Bestehen des mittleren Bildungsabschlusses nach Klasse 10 kann ein berufliches Gymnasium oder ein Berufskolleg besucht werden. Ein Wechsel in die gymnasiale Oberstufe eines allgemeinbildenden Gymnasiums ist nach dem Besuch der Brückenklasse 10+ möglich. Mit dem Modell können im ländlichen Raum Schulstandorte besser aufrechterhalten werden. Die JU Südbaden spricht sich somit für größtmögliche Durchlässigkeit und gegen grün-roten Bildungseinheitsbrei aus!

4.3 These

G8 muss erhalten werden, um für gleiche Chancen zu sorgen.

4.4 Begründung

Von der Landesregierung (CDU/FDP) wurde G8 vor 8 Jahren eingeführt, mit dem Ziel, eine Verkürzung der Schulzeit für Gymnasiasten und damit einen früheren Eintritt in das Berufsleben zu erreichen.

Mit dem Erwerb der Abschlüsse Abitur und Fachhochschulreife ergibt sich die Möglichkeit der Aufnahme eines Studiums. Auch an einer Fachhochschule (in der Regel inzwischen Hochschule genannt) kann ein Bachelorabschluss erworben werden, damit also auch von Studenten mit Fachhochschulreife. An den Bachelor kann ein Masterstudiengang angeschlossen werden. Wer diesen Weg nach dem Erwerb des Abiturs in G9 einschlägt, braucht also ein Jahr länger bis zum Masterabschluss als ein Student mit der Fachhochschulreife. Dies darf aus Sicht der JU Südbaden nicht sein, da hierdurch die Wertschätzung des baden-württembergischen Abiturs und möglicherweise das Streben eines Schülers zum Abitur geschwächt werden.

4.5 These

Eine Entwicklung zum Dreiklassenschulsystem nach englischem Vorbild muss verhindert werden. Die JU Südbaden kritisiert die Landesregierung ob der überdurchschnittlich hohen Zuschüsse an private Schulen, während Gelder für staatliche Schulen gekürzt werden. Die Landesregierung erhöht die Zuschüsse der Privatschulen 2013 um 6,7 Millionen EUR und 2014 um 16 Millionen EUR. Diese Mittel sollten besser dafür verwendet werden, um das stark defizitäre berufliche Schulwesen zu stärken.

4.6 Begründung:

Eton und Rugby – Namen, die man selbst in Deutschland kennt und mit elitärer, kostspieliger Bildung verbindet. Auch bei uns könnte die Gefahr bestehen, dass wir in ein Dreiklassenschulsystem mit realiter im Wesentlichen staatlich finanzierten Privatschulen an der Spitze, weniger stark staatlich finanzierten Privatschulen (Ergänzungsschulen) und als letztes Glied die staatlichen Schulen rutschen. Letzteres schließt die Gemeinschaftsschule mit ein. Sind privilegiertere Eltern mit der Gemeinschaftsschule nicht einverstanden, erhalten sie Bildung für ihre Kinder auf anderem Wege: Privatschulen könnten verstärkt wie Pilze aus dem Boden schießen (was in anderen Bundesländern schon zu beobachten war).

Der Bildungsauftrag des Staates wird auf kaltem Weg unterlaufen und Unterprivilegierte weiter geschwächt getreu dem „Aschenputtelsystem“ (die Guten ins privilegierte Töpfchen, die Schlechten ins staatliche Kröpfchen).

5. Soziales

5.1 These

Die Rente muss auch in Zukunft deutlich über dem Sozialhilfeniveau (ca.700 €) liegen für diejenigen, die 40 Jahre lang bei Vollerwerb eingezahlt haben.

Die JU Südbaden lehnt eine Zuschussrente ab. Weitere Modelle zur Rentenreform sollen geprüft werden.

5.2 Begründung

Das Rentensystem kann langfristig nur stabil bleiben, wenn die Anzahl der Beitragsjahre hoch bleibt, das Rentenniveau wie beschlossen von 51 % auf 43 % im Jahre 2030 gesenkt und die private Vorsorge gestärkt wird. Die Zuschussrente kostet 320 Mio. Euro pro Jahr bis über 3 Mrd. Euro im Jahr 2030.

5.3 These

Im Bereich der Grundsicherung fordert die JU Südbaden eine Überarbeitung des bisherigen ALG II, hin zu einem System das bessere Anreize setzt. Der Grundsatz, dass derjenige, der arbeitet mehr haben muss als derjenige, der nicht arbeitet, muss gerade hier gelten.

Daher sprechen wir uns für die sogenannten „Freiburger Blaupause“ aus, ein System, das Zuverdienst nicht wie bisher auf die Grundsicherung zu bestimmten Sätzen anrechnet und damit unattraktiv macht, sondern dass Zuverdienst und Arbeit belohnt werden.

5.4 Begründung

Das bisherige Grundsicherungssystem setzt Anreize, die Zuverdienst und damit den möglichen Übergang in ein festes Beschäftigungsverhältnis unattraktiv machen. Durch die Anrechnung auf den Leistungssatz kann es finanziell attraktiver sein, nicht zu arbeiten.

Durch den Ansatz, den die „Freiburger Blaupause“ skizziert, würde diese Anreizwirkung genau umgekehrt. Neben der existenziellen Grundsicherung bekommt hier ein ALG II-Empfänger pro hinzuverdienendem Euro keine Kürzung, sondern eine Erhöhung der staatlichen Leistung. Derjenige, der arbeitet, hat damit immer mehr, als derjenige, der nicht arbeitet. Bei steigendem Zuverdienst nimmt die staatliche Aufstockung und ab einem gewissen Punkt die Grundsicherung nach und nach ab. Somit setzt das System finanzielle Anreize, über Zuverdienstmöglichkeiten sukzessive hin zu einem Beschäftigungsverhältnis zu kommen. Arbeit wird belohnt statt bestraft.